



BRÜSSEL 4, den

31-08-1981

Nr.

Ministerium der Finanzen,
Verwaltung der M.W.S., der Einregistrie-
rung und der Domänen,
Eerster Immobilienerwerbsausschuss,
Boulevard Frère Orban, 25,
400 LÜTTICH

Nr. 12.271/II/P
MTV

Sehr geehrter Herr Präsident !

In der Sitzung vom 4. Juni 1981 hat die Ständige Kommission für Sprachenkontrolle (S.K.S.K.) eine Entscheidung getroffen zu der Klage gerichtet gegen Ihre Verwaltung bezüglich der Abfassung in französischer Sprache der Dokumente, welche eine gerichtliche Enteignung betreffen von Gütern gelegen in der vorherigen Gemeinde Bütgenbach, und gerichtet an eine deutschsprachige Privatperson.

Irrtümlicherweise wurde eine Abfassung in französischer Sprache dem Beschwerdeführer durch den mit dem Verfahren beauftragten Kommissar notifiziert und eine Uebersetzung des Textes dem Enteigneten bei dem Feststellen des Irrtums übermittelt.

Trotzdem der Klageführer die Richtigkeit des Vorstehenden zugibt, hat derselbe gegen den Ausschuss Klage erhoben, weil die Benennung des fraglichen Organismus, die auf den zugesandten Umschlägen angeführt ist, in französischer Sprache wiedergegeben war.

../..

Im Gegensatz zum zweiten Ausschuss hat der erste Ausschuss Lüttich in seiner Zuständigkeit die Gemeinden französischer Sprache und die Gemeinden deutscher Sprache, und stellt demzufolge ein Regionaldienst dar im Sinne des Artikels 36, § 1, der durch Königliche Verordnung vom 18. Juli 1966 koordinierten Sprachgesetze.

Der Ausschuss gibt das Vorhandensein von Briefumschlägen mit deutschsprachiger Aufschrift zu, jedoch sind solche Umschläge nur im Besitz des Büros St. Vith, das nur eine kleine Nebenabteilung des ersten Ausschusses von Lüttich darstellt.

Laut Artikel 34, § 1, Abschnitt 4, muss der Erwerbsausschuss Lüttich I in seinen Beziehungen mit Privatpersonen die in dieser Sache den Lokaldiensten der Gemeinde auferlegte Sprache anwenden, wo der Betreffende wohnhaft ist, in diesem Falle die deutsche Sprache.

Auf Grund der Rechtslegung der S.K.S.K. müssen die für die Korrespondenz durch den öffentlichen Dienst verwendeten Briefumschläge mit Briefvordrucken und Angaben versehen sein, welche mit der für den Briefwechsel verwendeten Sprache übereinstimmen, mit Ausnahme der offiziellen Ortschaftsangaben, welche in der Sprache des Gebiete abgefasst sind.

Demzufolge ist die Klage als zulässig und begründet erklärt worden, da trotz einer durch den Ausschuss ausgeführten Berichtigung an der Basis eine Uebertretung gegen die gegenwärtigen koordinierten Gesetze ausgeübt wurde; die Dokumente bezüglich der Endvergütung der Enteignung waren in französischer Sprache abgefasst und zuzüglich kam dann eine neue Uebertretung mit den vordrucken der Umschläge.

Ein Durchschlag des gegenwärtigen Gutachtens wird dem Klageführer übermittelt.

Mit vorzüglichen Hochachtung.

Für Der Präsident
A. CAUSSIN
J. Fleerackers

